

II-3739 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1822 J
1986-01-24

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. König
und Kollegen
an den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
betreffend Zusammenführung der Autobusdienste von ÖBB und Post

Die Österreichische Volkspartei hat zum Abbau der Defizite
der Autobusdienste von Bahn und Post verlangt, daß vorerst
die Parallelverkehre zwischen Autobus und Eisenbahn einerseits
und zwischen Bahn- und Postbussen andererseits beseitigt werden.
Darüber hinaus wurde die Zusammenführung von Bahn- und
Postbussen und die öffentliche Ausschreibung von defizitären
Buslinien gefordert.

Am 29.3.1984 anlässlich der Bundesbahngesetz-Novelle 1984
haben die Abgeordneten Peter und Prechtl seitens der
sozialistischen Regierungskoalition ebenfalls in einer
Entschließung von der Regierung verlangt, "daß sie ihre
Bemühungen um eine Harmonisierung der Kraftwagendienste der
ÖBB und der Post intensiv fortsetzen" und "schließlich eine
schrittweise Zusammenführung der beiden staatlichen Kraftwagen-
dienste anstreben" möge.

Aufgrund dieser weitgehenden Übereinstimmung sind vom
Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr
entsprechende Maßnahmen zu erwarten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den
Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

A n f r a g e :

1. Wieviele Parallelverkehre zwischen Eisenbahnlinien und öffentlichen Autobuslinien hat es Ende März 1984 gegeben ?
2. Wieviele dieser Parallelverkehre wurden von Ihnen mittlerweile beseitigt ?
3. Was haben Sie bisher getan, um eine schrittweise Zusammenführung der Autobusdienste von Bahn und Post zu erreichen ?
4. Sind Sie bereit, defizitäre Autobuslinien von Bahn oder Post öffentlich auszuschreiben, um die Möglichkeit zu eröffnen, daß ein privater Verkehrsunternehmer diese Strecke kostendeckend oder gewinnbringend führen kann ?